

Neuer Hochheimer Stadtanzeiger

Amtesliches Organ



Ersteinst: Dienstags, Donnerstags, Samstags (mit illust. Beilage) Druck u. Verlag, verantwortliche Schriftleitung: Heinrich Dreisbach, Hochheim Telefon 59. Geschäftsstelle in Hochheim: Massenheimerstr. 25, Telefon 57.

Anzeigen: kosten die 6-gespaltene Colonnezeile oder deren Raum 12 Pfennig, auswärts 15 Pfg., Reklamen die 6-gespaltene Colonnezeile 30 Pfg. Bezugspreis monatlich 1.— Pfm. Postfachkonto 168 67 Frankfurt am Main.

Nummer 43.

Dienstag, den 20. April 1926

3. Jahrgang

Neues vom Tage.

Nach einer Erklärung Mills im amerikanischen Repräsentantenhaus beabsichtigt er die deutsche Eigentumsverhältnisse zu untersuchen.

Nach einem schweren Leiden ist der bayerische Ministerpräsident Dr. Heinrich Brüning gestorben. Mit ihm ist der Führer des Zentrumspartei in Süddeutschland dahingegangen.

Die italienische Politik in Angola demontiert die Nachkriegs-„Weltanschauung“ über einen gegen die Türkei gerichteten Pakt zwischen Italien und Griechenland.

Mussolini wurde vom König in längerer Audienz empfangen und erhielt über seine Reise Bericht. Anschließend empfing Mussolini im Palazzo Chigi den englischen Botschafter.

Keine Unklarheiten.

Die Meldung von vorbereitenden Verhandlungen zwischen Deutschland und Russland wegen des Abzuges eines sowjetischen Rückversicherungsbetrags hat eine Unmenge von widersprechenden Nachrichten hervorgerufen, die darauf hinauslaufen, Unklarheiten zu schaffen, um Gegensätze zwischen den beiden Ländern herbeizuführen. Dazu liegt kein Anlass vor, denn der Geist von Locarno ist ja schon wieder lebendig. Von einer Abmachung, die für einen dritten Staat schädlich wäre, kann keine Rede sein, und zwar schon deshalb nicht, weil Deutschland dann in längerer Verhandlung hineingezogen werden würde, die über unsere Kräfte hinausgehen. Von solchen Forderungen gehörte doch das Vorhandensein von militärischen Kräften, und die besitzen wir nicht, denn wir haben 100 000 Mann Reichswehr, können wir keine mehr führen. Es darf auch nicht vergessen werden, daß kein Vertrag, den wir mit Russland oder sonst einem Staat abschließen, ohne weiteres die Bestimmungen des Versailler Vertrags für uns aufhebt, sondern daß wir dann solange genötigt bleiben, als sich die Gegenstände nicht mit der Welt einverstanden erklären. Wir können also nicht militärische Forderungen stellen, wenn uns die Mittel dazu fehlen. Das ist der Punkt, welcher uns verhindert, über die uns teuren tatsächlichen Möglichkeiten hinauszugehen. Ebenso stehen für Russland Hindernisse, sich mit Deutschland in eine internationale Politik einzulassen. Die Sowjetrepublik hat schon in Japan und mit der Türkei Vereinbarungen getroffen, die gegenüber diesen Staaten Verpflichtungen auflegen. In Russland mit Japan, der Türkei und Deutschland offene Verträge eingehen wollte, so würde das doch wohl ein gewisses Bedenken, das über seine Machtverhältnisse hinausginge.

Es liegt also kein Grund zu der Annahme vor, daß sich bei russisch-deutschen Beziehungen eine neue Entente herausbilden könnte. Es kann sich nur darum handeln, einander an von beiden Seiten freigelegten Interessen zu geben, daß dem die russischen Interessen entgegenstehen würden. Diese Interessen können sich schon deshalb nicht gegen den dritten Staat wenden, weil damit die Lage von Deutschland oder Russland geschwächt und jeder von ihnen gefährdet würde, dem anderen im Falle der Not zu helfen. Nur das gilt es hier zu betonen, daß in diesem Zusammenhang der Wert der Vereinbarung, wenn alle Staaten in ihren Abmachungen diese Grenzen eingehalten hätten, so würden sie gewiß mancherlei Sorgen, die sie heute quälen, entbehren.

Die deutsche Außenpolitik.

Stresemann und die deutsch-russischen Verhandlungen.

Reichsaussenminister Dr. Stresemann hat auf dem Freitag der württembergischen Deutschen Volkspartei in Stuttgart eine Rede gehalten, in der er die außenpolitischen Lage und die deutsche Außenpolitik darlegte. In der Rede ging er dabei auf die jüngsten Verhandlungen mit Russland ein, wobei er betonte:

Es ist für mich sehr schwer, über Vertragsverhandlungen zu sprechen, die noch in der Schwebe sind, über einen Vertrag, der noch nicht abgeschlossen ist. Der Vorwurf, daß die deutsche Regierung über diese Vertragsverhandlungen die öffentliche Presse zu informieren hätte, ist vollständig abzuweisen. Eine solche Information ist selbstverständlich nicht möglich, weil eine Information derjenigen Mächte, die uns den Rheinlandpakt geschlossen haben. Wir hätten es nicht möglich, mit denen wir über alle außenpolitischen Angelegenheiten in Verbindung stehen, auch über diese Verhandlungen auf dem laufenden zu halten, ein System, dessen Gegenstand sich durchaus empfehlen würde.

Wer die Vertragsverhandlungen mit Russland als eine Ablehnung der Locarno-Politik ansieht, verkennt den Grundgedanken dieser Politik. Die Verträge von Locarno bezweckten die Friedenssicherung in Europa. Sie hatten keinen aggressiven Charakter gegen irgendeine Macht. Wenn die russische Psychologie lange Zeit darauf eingestellt war, in dem Vertrag von Locarno eine Art Kreuzung gegen Russland zu sehen, so darf ich darauf hinweisen, daß diese Auffassung bei den Ausprachen in Locarno von Chamberlain, Briand und Vandervelde ebenso zurückgewiesen worden ist wie von unserer Seite. Wenn Deutschland mit Russland Vertragsverhandlungen führt, die für beide Mächte darauf hinausgehen, sich einer aggressiven Handlung gegen einen der beiden Staaten nicht anzuschließen und im übrigen in wirtschaftlichen, freundschaftlichen und sonstigen vorteilhaften Verhältnissen zu bleiben, so ist das ein Grundgedanke, den auch andere Staaten ihrem Verhältnis zu Russland zugrunde gelegt haben. Unsere ganze Politik muß darauf eingestellt sein, unter Anerkennung deutscher Gleichberechtigung eine wirkliche Befriedung Europas herbeizuführen und auf der Grundlage des Friedens Deutschlands Fortentwicklung zu sichern. Wenn die Verträge mit Russland zum Abschluß kommen, so werden sie die natürliche Ergänzung zu Locarno sein.

Der Reichskanzler in München.

„Worum kämpft ein Volk?“

Anlässlich der Anwesenheit des Reichskanzlers Dr. Brüning in München fand dort ein Empfang statt, auf dem hauptsächlich Vertreter des Münchener Geschäftslebens anwesend waren. Nach einer Begrüßungsansprache des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held ergriß der Reichskanzler das Wort. Er betonte zunächst die Bedeutung Süddeutschlands für die gesamte deutsche Kultur und befaßte sich dann mit dem Problem: „Worum kämpft ein Volk?“

„Es kämpft — so sagte Dr. Brüning — um das Gesamtbild seiner Anschauungen, seines Lebens, seiner Einstellung zu den Dingen der Welt, also letzten Endes um seine Kultur. So ringen wir auch um unsere Kultur, wenn wir unser politisches Wollen darauf einstellen, draußen in der Welt wieder das zu bedeuten, was wir beanspruchen können als deutsches Volk nach unserem geschichtlichen Verstand, was wir beanspruchen können im Hinblick auf die Kräfte, die in uns liegen, in der besten Überzeugung, daß wir gerade durch unsere Fähigkeiten beitragen können zur Entwicklung der gesamten Menschheit, daß wir mit der Grundlage für die Entwicklung der Kulturwelt geschaffen haben. Wie erreichen wir dieses Ziel? Wir wissen, daß gerade in der außenpolitischen Lage, in der wir uns befinden, alles darauf ankommt, daß alle inneren Kräfte zu diesem Zweck entfaltet werden.“

Wir wissen, daß die Länder als Träger deutscher Volkskultur besonders große Leistungen vollbracht haben. So steht es nicht an, als deutscher Reichskanzler anzusprechen, daß das Schwergewicht der kulturellen Entwicklung, das, was es bisher war, bleiben muß und bleiben soll, bei den Ländern, daß aber alles nur einem Ziel dienlich gemacht werden muß: daß wir alle Kräfte zusammenfassen unter Anordnung jeder lebendigen Möglichkeit, um ein starkes, in sich geschlossenes deutsches Volk und deutsches Reich darzustellen, das sich behaupten kann in der Welt und das die Bahn findet, um aus den jetzigen Zuständen wieder emporzuwachen in jene Freiheit, zu jener Macht, auf die wir ein natürliches Anrecht haben.

Deutschlands Wirtschaftslage.

Der Reichswirtschaftsminister gegen die Volksbegehren.

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius hat sich in einer in Mannheim gehaltenen öffentlichen Rede mit der Lage der deutschen Wirtschaft befaßt.

Er sagte u. a., daß die Locarno-Politik weiterentwickelt werden müsse. Die Herabsetzung der Truppenzahl in den noch besetzten Gebieten auf die Friedensstärke der deutschen Garnisonen, woraus Deutschland einen verbrieften Anspruch habe, dürfe nur einen Zwischenakt bilden. Mit dem Locarno-Vertrag und der Befriedung des Rheinlandes sowie ganz Europas sei die Fortdauer der militärischen Okkupation unvereinbar, denn in Genf habe die Aufnahmekommission des Völkerbundes einstimmig entschieden, daß Deutschland seine internationalen Verpflichtungen erfüllt habe. Die politischen Verhandlungen würden durch wirtschaftliche Verhandlungen über das bekannte 300-Millionen-Geschäft wirksam ergänzt, das hoffentlich bald im Interesse beider Teile vollständig abgeschlossen werden könne.

Der Minister ging darauf auf die Wirtschaftspolitik ein und erklärte, das Kabinett hoffe weitgehende Unterstützung zur Überwindung der Wirtschaftskrise zu finden und alles zur Wiederbelebung der Wirtschaft einzusetzen zu können entsprechend dem Regierungsprogramm, in dessen Mittelpunkt Wiederaufbau und Festigung der deutschen Wirtschaft stehe. Der Minister wandte sich gegen das Volksbegehren der Aufwertungsgläubiger, Kriegsbeschädigten, Mietervereinigungen usw., das die wirtschaftliche Krise auf unabsehbare Zeit verlagern und unermesslichen dauernden Schaden anrichten würde. Volksbegehren gegen Geleise, die nach unbedachten Klümpen durch Mitwirkung aller Faktoren der öffentlichen Meinung verfassungsmäßig zu Stande gekommen seien, wenige Monate nach ihrem Inkrafttreten einzuleiten, sei ein unverantwortliches Unternehmen. Die Reichsregierung werde sich deshalb mit allen Mitteln und mit ihrer ganzen Autorität gegen dieses Volksbegehren stemmen. Die Maßnahmen des Wirtschaftsministeriums auf dem Gebiete der Zins-, Diskont- und Kreditpolitik dienten nicht in letzter Linie dem Zwecke einer Erleichterung der Lage der Landwirtschaft. In diesem Zusammenhang verwies der Minister darauf, daß die für Deutschland einzig mögliche Lösung nicht in dem Entweder-Oder einer „Innen-“ bezw. Exportpolitik, sondern darin bestehe, sowohl den inneren Markt zu heben wie die Exportpolitik zu fördern. Der Ausgleich werde gefunden werden. Insbesondere denke kein Mitglied der Reichsregierung, vor allem er selbst nicht daran, Handelsverträge grundsätzlich auf Kosten der Landwirtschaft abzuschließen zu wollen. Gegen einen alsbaldigen Systemwechsel unserer Zoll- und Handelsvertragspolitik, deren Grundlage erst im Sommer des vergangenen Jahres nach langen, schweren Kämpfen gelegt worden sei, werde er sich wenden. Deutschland müsse so rasch wie möglich die noch ausstehenden, meist bereits eingeleiteten Handelsvertragsverhandlungen abschließen und alsdann an eine Gesamtrevision und an die Schaffung eines endgültigen Zolltarifs herangehen.

Faschismus und Kolonisation.

Der Bevölkerungszuwachs in Deutschland und Italien.

Der bekannte französische Journalist Sauerwein, der für den „Matin“ eine Enquete über den Faschismus in Rom angestellt hat, veröffentlicht heute ein abschließendes Urteil. Er fordert, daß Frankreich Verständnis für die italienische Politik habe.

Für diese Politik sei es notwendig, daß man aufhöre, sentimental zu sein. Man müsse anerkennen, daß Italien wie Deutschland einen Lebenskampf um Bevölkerung habe und sich im Ausland betätigen müsse. Viele Italiener seien in Frankreich beschäftigt, aber das genüge nicht. Deshalb fordere Italien Kolonien. Wenn es Kolonien fordere, die Frankreich erworben habe und die es noch durch blutige Kämpfe beschle, dann sei keine Verhandlung möglich. Aber neben diesen Kolonien gebe es andere, die der Friedensvertrag Frankreich zugesprochen habe.

Frankreichs Kolonialreich sei für seine 38 Millionen Einwohner mehr als genug, aber die Verteilung des afrikanischen Mandats könne revidiert werden. Es wäre nach Ansicht Sauerweins sehr klug, von England und Frankreich, wenn sie alle diese abtreten würden. Es stehe nicht Frankreich, das keine Forderungen an allen Ecken der Welt aufgestellt habe, zu, noch den Engländern, die Herren eines großen Teiles der Welt seien, alle Wege zu versperren, die sich einem arbeitssamen, stolzen Volke öffnen könnten.

Die politische Lage.

Die Stellung der Deutschen Volkspartei.

In einer Versammlung der Deutschen Volkspartei in Bielefeld verbreitete sich der Vorstoß der Reichstagsfraktion, Dr. Schulz, eingehend über die politische Lage. Er billigte grundsätzlich die Außenpolitik Dr. Stresemanns, dessen nächstliegendes Ziel die endgültige Befreiung des Rheins von der Fremdherrschaft sei. Leider sei es aber dem Feindbund noch nicht gelungen, auch in der Außenpolitik einen Teil des deutschen Volkes gegen den anderen auszuspielen. Der völlige Wucher der Genf sei nicht die Schuld der deutschen Delegation. Die Verhältnisse im Völkerbund hätten das Scheitern des Eintrags Deutschlands herbeigeführt. Dr. Schulz bewies die Notwendigkeit der Teilnahme an der Studienkommission, da Deutschland noch nicht Mitglied des Völkerbundes ist.

In begriffen seien die Verhandlungen über einen Handels- und Neutralitätsvertrag mit Russland. Eine einseitige außenpolitische Festlegung nach dem Westen bedeute einen schweren Fehler. Innerpolitisch richtete der Redner einen Appell an die Deutschnationalen, sich der Verantwortungsbollen Mitarbeit nicht zu entziehen. Er trat nachdrücklich für eine Zusammenfassung der bürgerlichen Kräfte auf breiter Grundlage ein. Bedauerlich bleibe, daß die Deutschnationalen auch bei dem Steuerkompromiß sich nicht zu einer positiven Stellung hätten durchringen können. Eine Ablehnung des Kompromißentwurfs in der Fürstenausschussung durch die Deutschnationalen würde zu einer erneuten schweren Krise führen.

Politische Tageschau.

Das Fürstentum verfassungsändernd. Die Verlautbarung, daß dem Reichsausschuß des Reichstags von der Reichsregierung vorgelegte Entwürfe zu dem Kompromiß über die Fürstenausschussung dahin lauten, daß es sich dabei um eine Verfassungsänderung handele, so daß das Kompromißverhältnis nur erhalte, wenn keine Annahme mit Zweidrittelmehrheit erfolge. Die Regierung stütze ihre Auffassung darauf, daß nach der Reichsverfassung eine Entscheidung nur zum Wohl der Allgemeinheit zulässig sei und sie verneine das Vorliegen dieser Voraussetzung im Falle der Fürstenausschussung.

in einem Polizeistatistiker
Leute im Kleinen
angefallen und m
Vorfall einer Polize
nahm. Als diese der
olge leisteten, gab ein
den ein 19-jähriger Ar
eines Verkehrspolizisten.
ne achjährige Schülerin
er Verkehrspolizisten, Pol
im letzten Augenblick den
und hob mit übermensch
an. Dadurch wurde das
t. Es trug lediglich Scham
und sieben Selbstmordver
nes Tages für Berlin ver
und 7 Selbstmordver
omobilien. In der
Bahnhof Böhlen bei
wegen ein Drahtseil, das
unzufälligen Tagesbaues
stürzte die Seile, wor
bei die Insassen, ein
wurden. Der Ehemann
ver verlor wurde.
ungslück. Auf der Stra
in Dorfe Preußen fuhr
dessen Sozialis ein junger
geschlossene Schranke der
da. Die beiden Motor
durchfahrenden Güterzug
Motorrad wurde völlig zer
o und Peters.
gegen Spirit-Weber.
nblung im Spirit-Weber.
Der Vorsitzende richtete
t Hilfe von Jute und
bezeichnet, irgendwelche
Sendungen zu verschie
Anzahlungen dafür nicht
eines Angestellten von
000 Liter von Kopp er
auf der Verhandlungen
daß Kopp wiederholt
de Peters mache er alle
überhaupt nicht in der
Liter Spirit zu verarbeit
den Kommissar Peters
über eine Kontrolle bei
Vertrieb sollte darin als
bezeichnet, die erhebliche
en konnte.
s erklärte, daß sich die
auf Erklärungen Kopp
zwei Regierungsräte
schwerfällig gewesen
ur notwendig, einen völlig
polverwaltung zu hören.
Reichsgefundsheit
feier in Berlin.
Universität wurde unter
Staats- und Komm
eine Festigung der
fundsheitswoche eröffnet.
Die Himmel rühmen
den Bläserchor unter
er eröffnete Dr. Samel
tum des Innern, als
logische Volksbekehrung
Einmütigkeit, mit der sich
rien und alle Berufs
dens der Reichsgefunds
atau]

ein Handschreiben des Reichspräsidenten

Berlin, in dem es u. a. heißt:
„Ich hoffe, daß die Reichsgefundsheitswoche den gerechtigten
Anspruch zu einer fruchtbringenden gesundheitslichen Volks-
aufklärung bilden und eine erfolgreiche Wirkung, insbesondere
auf die deutsche Jugend, ausüben wird; diese muß vor allen
Dingen den Wert eines gesunden Körpers und gesunden
Geistes erkennen und schätzen lernen, damit uns ein kraftvolles,
lebensfrohes und arbeitsfreudiges Geschlecht erblicke zum
Segen für Volk und Vaterland.“

Auch der Vorsitzende des Komitees für die Gesundheits-
feier in England, A. Poston-Gill, hatte zu der Eröffnungs-
feier seine Wünsche überreicht.

Reichsminister des Innern Dr. Brüning

brachte dann die Grüße des wegen seiner Münchener Reise
Erkrankten Reichsministers Dr. Brüning und
u. a. aus: „Gesundheitsdienst am deutschen Volke, das
das, was wir mit dieser Veranstaltung leisten wollen, um
einzelnen Menschen sowohl wie der Gesamtheit zu helfen.
In zwei Tagen wollen wir die Grundgedanken zusammen-
fassen, von denen wir ausgehen. Erstens: „Gesundheit ist
unverzichtbar“, und zweitens: „Das Kapital aller Kapitale ist die
Moralität des Volkes“. Und in zwei weiteren Tagen
wollen wir Sie mich

unser Ziel

zeichnen. Der eine Satz stammt vom Grafen Potemkin:
„dafür kämpfen, den Massen Leben und Gesundheit zu er-
schen, der Kampf für die Stärke und Zukunft unseres Vater-
lands“. Und der zweite Satz: „Die Aufwertung der durch
gesundheitsliche Maßnahmen der letzten Jahrzehnte uns ent-
gangenen Güter muß die hundertprozentige Wertschöpfung
in Belebung und Propaganda wollen wir die Erkenntnis
gemeinern und festigen, daß eine gesunde Lebensführung
den Menschen eine Pflicht gegen sich selbst, gegen die
und gegen sein Volk ist, auf daß sich diese Erkenntnis
in den Willen zur gesunden Lebensführung“. Mögen
Bestrebungen einen millionenfachen Widerhall im deut-
schen Volke finden, mögen sie der Ausgangspunkt werden zu
Planvollheit, vom Willen der Gesamtheit getragenen
und Vaterland.

Nach dem Minister sprachen noch der Berliner Medizinal-
rat Dr. v. Drigalski, Geh. Kommerzienrat Komrad v. Borff,
Verwaltungsdirektor der Allgemeinen Krankenkassen
Holl, Stadtrat Rohn und Dr. Hans Voss, der Ständ-
e der Arbeitsgemeinschaft von Reichsversicherungsbeiträgern
Berlin.

Während der Feier hatten im Lustgarten zahlreiche sport-
liche Vereinigungen Aufstellung genommen. Aus allen Teilen
Stadt kamen in bester Ordnung und in strammer Haltung
Verbände anmarschiert, die auf großen Schilden auf die
eitung des Sports und der Gesundheitspflege hinwiesen.

Aus Nah und Fern.

Hasselfeld i. Tannus. Ein Großfeuer wütete in der
n von Samstag auf Sonntag in unserem Ortchen.
2 Uhr brach auf noch unbekannte Weise Feuer aus
nicht weniger als 6 Wohnhäuser mit Nebengebäuden
Opfer fielen. Mensch und Vieh konnten gerettet werden.
wertvolle Wehren waren zur Stelle. Der entstandene
Schaden ist ganz bedeutend.

Darmstadt. (Auch die Getränkesteuer in
nstadt ungünstig.) Der Provinzialausschuß der
n in Darmstadt und des Weinbaugebietes S. Lehmann wegen
hebung der Getränkesteuer auf Grund der Verordnung vom
Dezember 1923, daß die Anforderung der Stadt Darmstadt
nichtig ist. Die Kosten des Verfahrens einschließlich der
rechnung hat die Stadt Darmstadt zu tragen. Damit ist die
ordnung für ungünstig erklärt. Somit ist also in Darmstadt
so wie in Worms, Mainz und Wiesbaden die Getränkesteuer
nichtig.

Offenbach. (Der Erwerbslose gewinnt den
n pitreffer.) Der erste Hauptgewinn der Offenbacher
n Lotterie, bestehend in einem fünfzimmerigen Haus
n von 20 000 Mark, ist an den richtigen Mann gefallen.
n glückliche Gewinner war ein schon seit längerer Zeit er-
n Stelle des erst noch zu erbauenden Hauses die vorgesehene
n auszahlung von 17 000 Mark anzunehmen. Das Glück
n wurde auf Veranstaltung des jüngsten noch minderjährigen
n des Gewinners gezogen.

Frankfurt a. M. (Italien und die Frank-
n reisen.) In Anerkennung der Dienste um die
n der deutsch-italienischen Wirtschaftsbeziehungen sind
n ehrenamtliche Vertreter der Frankfurter Messe und der
n der Mailänder Geschäftsstelle der Frankfurter
n mit hohen italienischen Auszeichnungen bedacht worden.

Schöten. (Jugendheim im hohen Vogels-
n.) Das große Jugendheim, das der Vogelsberger Höhen-
n auf der Herchenbainer Höhe errichtet, ist im Rohbau fertig.
n enthält zwei Tagessäle, 12 Schlafzimmer mit 50 Betten
n einen 40 Betten fassenden Schlafraum im Dachgeschoss.
n fließendes Wasser kommt von einer hohen gefassten
n. Dadurch wird das Heim nicht nur für die wandernde
n und eine schöne Herberge sein, sondern es kann auch von
n Schülern aus hiesiger Gegend als Landheim für längeren
n Aufenthalt benutzt werden. Es liegt auf weithinsehender Höhe
n herrlicher Natur nahe dem Ehrenmal für die Gefallenen
n Vogelsberger Höhenkrieger. Die Enthüllung dieses Denk-
n und die Einweihung des Heimes wird am Himmelfest-
n stattfinden.

Niederrhein. (Ein wildgewordener Dorf-
n.) Das Dorf wurde dieser Tage durch den wild gewor-
n Gemeindevorstand in Aufregung versetzt. Das Tier hatte
n losgerissen, raste durch die Straßen und brachte alles in
n. Da eine Beruhigung des Tieres unmöglich war,
n der Bürgermeister den Bullen schließlich durch einen
n geschossen zu Boden.

Kassel. (Um den Regierungspräsidenten
n in Kassel.) Der Provinzialausschuß der Provinz
n in Kassel wird am 21. April zusammentreten, wobei ins-
n andere auch die Frage der Bekämpfung des Pestens des Regie-
n präsidenten von Kassel zur Besprechung kommt. Neuer-
n soll der Regierungsrat Dr. Stölzel aus dem Preussischen
n Ministerium des Innern, ein gebürtiger Kasse, in Aussicht
nommen sein.

Kassel. (Einweihung des 168er Denkmals
n Kassel.) In Pflanzungen ist hier die Enthüllung und Ein-
n weihung des Denkmals der 168er vorgezogen, wozu ein um-
n fangreiches Programm aufgestellt ist. Das Fest dürfte große
n Beteiligung aus weiten Kreisen der Bevölkerung aufweisen.

Friedenwalde. (Selbstmord eines Dreizehn-
n jährigen.) Der 13-jährige Sohn eines hiesigen Einwohners
n beging Selbstmord, indem er sich an der Seidenleiter
n erhängte. Was den gesunden und aufgeweckten Jungen in
n den Tod getrieben hat, ist gänzlich ungeklärt.

Naar. (Unglücksfall.) Beim Lattensagen flog
n einem hiesigen Wagnermeister ein Holzstück mit solcher Gewalt
n ins Gesicht, daß ihm die Nasenspitze fast völlig abgerissen
n wurde. Durch schleuniges Eingreifen des Arztes konnte sie
n noch erhalten werden.

Vepra. (Das Kind im Sarge.) Einen grausigen
n Fund machten in Diefelrode die Angehörigen eines in Fulda
n verstorbenen Mannes. Als man den Sarg mit der Leiche, die
n überführt worden war, noch einmal öffnete, fand man unter
n dem Kopf des toten Mannes noch die Leiche eines neugebore-
n nen Kindes. Die Staatsanwaltschaft ist mit der Aufklärung
n des rätselhaften Falles beschäftigt.

Marburg. (Ein Abgeordneter verunglückt.)
n Der deutschvölkische Landtagsabgeordnete Kaiser in Dols-
n banfen (Kreis Marburg) geriet bei Ausübung seines landwirt-
n schaftlichen Berufes mit der Hand in die Hackmaschine und
n verletzte sich sehr schwer, daß er sich in ärztliche Behandlung
n begeben mußte.

Bad Ems. (Mittelrheinischer Schachkon-
n gress in Bad Ems.) Der Mittelrheinische Schachbund, der
n jetzt 35 Vereine mit etwa 1100 Mitgliedern zählt, hält in
n den Pflanzungen im Kurhaus zu Bad Ems seinen 6. Kongress
n ab, wobei der Meister festgesetzt werden soll. Ferner ist ein
n Haupt- und Nebenturnier in Aussicht genommen.

Lezte Nachrichten.

Unzufriedenheit bei den Eisenbahnen.

Berlin, 19. April. Der Allgemeine Eisenbahnenverband
n hatte eine Landeskonferenz nach Berlin einberufen, zu der
n Vertreter aus rund 200 Orten erschienen waren. Zu einer
n Entschiedenheit protestierte die Landeskonferenz gegen das von
n vollkommene falschen Voraussetzungen und demzufolge folgen-
n schweren Reichsminister ausgehende erscheinende Urteil in
n dem Tarifvertragsprozeß gegen die Reichsbahngesellschaft.
n Wenn höhere Instanzen das Urteil nicht korrigierten, entsehe
n hinsichtlich des arbeitsrechtlichen und sozialpolitischen Verhält-
n nisses der deutschen Eisenbahner eine für die gesamte Allge-
n meinheit in ihren Wirkungen unmögliche Situation.

Evangelischer Bund und Fürstenabfindung.

Berlin, 19. April. Der Zentralvorstand des Evangelischen
n Bundes zur Wahrung der deutsch-protestantischen Interessen
n hat eine Kundgebung erlassen, in der zu der Frage der Fürsten-
n abfindung Stellung genommen wird. In der Kundgebung
n wird die entscheidungsgelose Einweisung der deutschen Fürsten
n als ein schweres Unrecht bezeichnet. Man gebe sich zwar den
n Anschein, als gehe es nur um eine politische Frage. In Wahr-
n heit aber ständen die elementaren Grundgesetze christlicher und
n nationaler Ethik auf dem Spiel, deren Verletzung auf alle
n organischen Gebilde des öffentlichen Lebens, Ehe, Familie,
n Eigentum, Kirche hinüberwirke. Der durch den geplanten
n Volksentscheid beschrittene Weg führe unaufhaltsam zum
n völligen Zusammenbruch des sittlichen Bewußtseins, zu wirt-
n schaftlicher Unsicherheit und zum kulturellem und staatlichem
n Niedergang.

Eine Falschmeldung der „Times“.

Berlin, 19. April. In einer Meldung der „Times“ wird
n erklärt, daß Chamberlain in einer Note der deutschen Regie-
n rung sein besonderes Wohlgefallen ausgesprochen habe
n darüber, daß diese die Locarno-Nächte über die Verhand-
n lungen mit der Sowjetunion orientiert habe. Von unter-
n richteter Seite wird hierzu mitgeteilt, daß eine derartige Note
n in Berlin nicht eingegangen sei. Ebenfalls sei der in der
n selben Mitteilung der „Times“ bezeichnete Fragebogen des
n tschechischen Außenministers Beneß über die deutsch-rus-
n sischen Verhandlungen, der angeblich an familiäre Mächte
n gegangen sei, in Berlin eingetroffen.

Der Reichskommissar für die besetzten Gebiete in Darmstadt.

Darmstadt, 19. April. Der Reichskommissar für die
n besetzten Gebiete, Freiherr Langewitz von Simmern, weilte
n in Begleitung eines Ministerialdirektors zu Besuch der
n hiesigen Regierung in Darmstadt. Im Staatsministerium
n fanden eingehende Besprechungen über die Angelegenheiten
n des hiesigen besetzten Gebietes statt. Im Vordergrund der
n Erörterungen standen die mit der Verabreichung der Ver-
n sorgungstruppen und mit der besonders schweren Belastung
n der hiesigen besetzten Gebiete zusammenhängenden Fragen.
n Ferner wurde besonders die Revision der Ordnungen und
n die damit zusammenhängenden Erleichterungen des hiesigen
n besetzten Gebietes besprochen. Der Reichskommissar stellte
n für die nächste Zukunft seinen Besuch in Mainz in Aussicht.

Die christliche Gewerkschaftsbewegung.

Eine Rede Siegerwalds.

Den Abschluß des ersten Verhandlungstages des christ-
n lichen Gewerkschaftskongresses in Dortmund bildete eine vom
n Bezirksleiter Dortmund der christlichen Gewerkschaften ver-
n anstaltete Begrüßungsfeier, an der etwa 6000 Personen teil-
n nahmen. Einleitend wies Siegerwald darauf hin, daß die
n christliche Gewerkschaftsbewegung in Deutschland zusammen
n mit den ihr verwandten Verbänden heute weit über ein Mil-
n lion Mitglieder umfasse. Daran, den Oberpräsidenten
n der Provinz Westfalen Gronowski, den Bischof Klein-Pod-
n born und den Generalsuperintendenten Dr. Jöller-Münster.
n Nach weiteren Begrüßungsansprachen ergriff Siegerwald das
n Wort zu einem Referat über das Thema

„Die christlichen Gewerkschaften und die Gestaltung des n deutschen Volksebens“.

Es sei das größte Unglück der Gegenwart, daß die Deutschen
n unter sich einen unfertigen Staat und die Welt ein innerlich
n zerrissenes Volk vorgefunden hätten. Die Arbeiterschaft habe
n sich plötzlich und unvorbereitet in den Mittelpunkt der großen
n Geschehnisse gestellt gesehen, sei aber nicht reif gewesen, das
n deutsche Schicksal zu gestalten. Mit der deutschen Wirtschaft

sei es nicht gut bestellt. Krieg und Inflation hätten

starke Kapitalverwüstungen

mit sich gebracht und die ehemaligen Kreditquellen des Landes
n veräutert. Die Form des Volksebens, die wir heute hätten,
n sei für das Wohl des Volkes noch nicht die richtige. Solange
n die Arbeiterschaft noch nicht ausreichend am Wettbewerb der
n deutschen Wirtschaft beteiligt sei, könne der Volksstaat nicht den
n Inhalt bekommen, den sich die Arbeiterschaft vorstellt. Die
n deutsche Arbeiterschaft stehe in den letzten Jahren und Jahr-
n zehnten vor der Aufgabe, daran zu arbeiten, daß das deutsche
n Volk

den Weg zur nationalen Volkseinheit und zum Staate

finde. Dieser Weg sei für viele, besonders aber für die sozia-
n listische Arbeiterschaft, noch unklar durch die internationale
n Klassenideologie. Die christliche Arbeiterschaft habe sich gegen-
n über den sozialistischen Arbeitermassen den Glauben an das
n geistige Prinzip bewahrt. Dieser Glaube bedeute die Ueber-
n ordnung des Geistes über die Materie. Vor allem brauche
n Deutschland eine leistungsfähige Landwirtschaft, um die drei
n Milliarden Mark für Lebensmittel, die wir gegenwärtig jähr-
n lich vom Ausland einführen, zu verringern. Arbeitgeber und
n Arbeitnehmer müßten gemeinschaftlich an der

Steigerung der Produktivität der Wirtschaft

interessiert werden. Als Ausgangspunkt für den Wiederaufbau
n im Hinblick auf die Gesamtlage in der Welt und in Europa
n könne für Deutschland nur die Republik in Frage kommen.
n Der Redner schloß:

„Der Glaube an den weltbewegenden Sozialismus ist
n dahin. Wir haben heute erprobte und geistliche Organisa-
n tionen. Die heutigen Grundgesetze unseres Volkes und Schaffens
n sind geklärt. Und nun heißt es, mit großem stillen Ernst,
n mit echtem Willen und Entschlossenheit hinein ins zweite
n Vierteljahrhundert der christlichen Gewerkschaftsbewegung.“

Die mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen
n Siegerwalds wurden in einigen Beifällen zusammengefaßt,
n in denen es u. a. heißt: Die christlichen Gewerkschaften stehen
n positiv zu allem, was das deutsche Volk in christlichen und
n nationalem Sinne aufwärts führt. Wir lehnen alle Bestrebun-
n gen ab, die auf illegalem Wege eine Veränderung der Staats-
n form herbeiführen wollen. Bestand, Ziel und Aufgabe der
n christlichen Gewerkschaften können nicht von wechselnden pa-
n ramentarischen Koalitionen abhängig sein.

Lozales.

Gedenktage für den 21. April.

1488 * Ulrich v. Hutten auf Burg Stadelberg bei Fulda
n († 1530). — 1736 * Prinz Eugen von Savoyen in Wien (* 1683).
n — 1782 * der Pädagoge Friedrich Herbel zu Oberweißbach in Thür.
n — 1828 * der Philosoph und Geschichtsschreiber Hippolyte
n Taine in Vaujours († 1883). — 1849 * der Zoologe Edgar Reichenow
n in Friedberg. — 1898 Beginn des spanisch-amerikanischen Krieges.
n — 1910 * der amerikanische Humorist Mark Twain in Stormfield
n bei Redding (* 1835). — 1918 Der Flieger Manfred v. Richthofen
n fällt bei Souilly-le-Sec (* 1892).

Der Rudolff ist wieder da.

Der Rudolff läßt seit einiger Zeit da und dort seinen
n netischen Ruf ertönen. Schon seit den ältesten Zeiten gehört
n es zu den Verdiensten des Frühlings. Als Vögelvogel des
n deutschen Vögelens gilt er als weisend und prophetisch;
n daher der Ausspruch: „Das weilt der Rudolff“. Noch heute
n kommt ihm diese Bedeutung zu. Wird er beim ersten Auf, den
n man zu hören bekommt, gefragt, wann man noch zu leben
n habe, so gibt er durch die Zahl seiner Töne die Zahl des Lebens
n an. Sein erster Ruf ist Zanzert: „Wer den Geldbeutel
n schüttelt, hat das ganze Jahr Geld; wer aber dabei kein Geld
n in der Tasche hat, dem fehlt es das ganze Jahr hindurch, und
n wer Hunger hat, hat ihn auch übers ganze Jahr“. In der
n Regel läßt sich der Rudolff bis Mitte Juni hören. Soll er
n nach Johanni rufen, so soll ein unfruchtbares Jahr folgen.
n Der Frühlingsvogel, so sehr er in deutschen Länden begrüßt
n wird, steht nach dem Volksglauben mit dem Teufel in Ver-
n ziehung, und daraus erklären sich auch die verschiedenen
n Redensarten: „Geh zum Rudolff!“ — „Geh dich der Rudolff!“.

— i. Todesfall. Am Donnerstag in der verfloßenen
n Woche verstarb dahier nach kurzem Leiden Frau Bürger-
n meister Susanna Wald im vollendeten 71. Lebensjahre
n und wurde am Samstag zur letzten Ruhe beisetzt. Die
n Dahingefordene war geboren am 28. Februar 1855 zu
n Erbach im Rheingau und kam am 11. August 1874 nach
n Hochheim, wo sie sich mit Herrn Bernhard Wald, dem
n späteren Bürgermeister unserer Stadt vermählte. Durch
n ihre freundliche Persönlichkeit, gepaart mit großer Herz-
n gütigkeit, dürfte das Andenken der Verstorbenen dahier in
n Segen bleiben. Sie möge ruhen in Frieden!

Silberne Hochzeit. Mittwoch, den 21. April 1926 fei-
n ern die Eheleute Wilhelm Vellen und Frau Katharina
n geb. Hüd, und die Eheleute Georg Rinio und Frau Anna
n geb. Strahl das Fest der silbernen Hochzeit. Wir Gra-
n tulieren!

— r. Der Theaterabend des Rath. Kirchenchores „St.
n Cäcilia“ am verfloßenen Sonntag, bei dem das Volksstück
n „Rosa von Tannenburg“ aufgeführt wurde, nahm bei
n ausverkauftem Hause einen schönen und erhebenden Ver-
n lauf. Am Montagabend wurde die Vorstellung wieder-
n holt. (Bericht folgt in nächster Nummer).

Verlängerte Gültigkeit der Sonntagsfahrten. Die
n Sonntagsradsfahrten, mit denen bisher die Rückreise am
n Sonntag abends bis spätestens 12 Uhr angetreten sein mußte,
n gelten von Sonntag, 25. April ab, im Direktionsbezirk Frank-
n furt a. M. verkehrswertig auch noch am Montag oder am Tage
n nach den Festtagen zur Rückfahrt mit der Einschränkung, daß
n die Rückfahrt am Montag vormittags bis spätestens 9 Uhr an-
n getreten sein muß und dann nicht mehr unterbrochen werden
n darf. In den übrigen Direktionsbezirken wird die Gültig-
n keitsdauer der Sonntagsradsfahrten in gleicher Weise spä-
n testens vom gleichen Tage ab verlängert.

Änderung der Steuerzinsverordnung. Eine dritte
n Verordnung zur Änderung der Steuerzinsverordnung be-
n stimmt nach Mitteilung der Industrie- und Handelskammer
n zu Wiesbaden u. a. nachstehendes: Für Verzugszinsen, die auf
n Grund des Paragraphen 104 der Reichsabgabenordnung oder
n auf Grund anderer Vorschriften der Reichssteuergeetze dem
n Reich geschuldet werden, beträgt der Zinsfuß bis auf weiteres

...umme 5 vom Hundert. Soweit der Zahlungsausschub (§ 105 Abs. 1 der Reichsabgabenordnung) Zinsen zu entrichten sind, beträgt der Zinsfuß bis auf weiteres 7 vom Hundert. Der Zinsfuß bei der Bewilligung von Stundungen beträgt, sofern nicht zinslose Stundung gewährt wird, nuncupat bis auf weiteres mindestens 5 vom Hundert und höchstens 7 vom Hundert. Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. April 1925 ab in Kraft. Weiteres hierüber kann in der Geschäftsstelle der Industrie- und Handelskammer erfahren werden.

Unzulässige Flugpostsendungen. Von der Postbeförderung ausgeschlossen sind nach einer Ergänzung der Dienstvorschriften der Reichspost Sendungen, die bei Flugpostveranstaltungen, wie Schau- oder Wettbewerbsflügen, von Flugzeugen mitgenommen und zur Beförderung dieser Beförderung von den Veranstaltern auf der Vorderseite mit Aufklebungen oder Stempeln versehen worden sind und die Bezeichnung „Flugpost“ oder „Luftpost“ enthalten.

Ausprägung von Reichsmünzen. Die Münzprägungen im Deutschen Reich haben sich im Monat März um 1,8 Mill. Einmark- und 15,77 Mill. Reichsmarkstücke sowie um 157.265 Mark Münz- und 755.087 Mark Reichsmarkstücke erhöht. Weitere Ausprägungen fanden nicht statt. Im ganzen waren am 31. März 1925 9 Mill. Mark Silbermünzen und 200,42 Mill. Mark Pfennigmünzen im Umlauf.

Neue Verkehrsordnung für das ganze Reich. Die Verkehrsvorschriften in den verschiedenen Ländern des Reiches ist für den Kraftfahrzeugverkehr ein großer Nachteil. Da die Zuständigkeit des Reiches sich nur auf den Kraftfahrzeugverkehr, aber nicht auf den Verkehr der anderen Straßenbenutzer erstreckt, wird von Reichswegen keine allgemeine Regelung des Straßenverkehrs erfolgen. Das Reichsverkehrsministerium wird jetzt daraufhin, eine einheitliche Regelung des allgemeinen Fahrzeugverkehrs durch Vereinbarung von Bestimmungen herbeizuführen, die in gleicher Weise von allen Länderregierungen erlassen werden sollen.

Revision der Angestelltenversicherung. Die Reichsversicherung für Angestellte läßt zurzeit, wie wir von verschiedenen Stellen hören, wiederum Revision in den einzelnen Firmen vornehmen, um festzustellen, ob die Beitragsmarken alle ordnungsgemäß geliebt sind. Dabei geht die Versicherung gegen säumige Zahler sehr scharf vor, weshalb wir allen Firmen und selbständigen Kaufleuten in ihrem eigenen Interesse empfehlen, sich sofort davon zu überzeugen, ob die Beitragszahlungen in Ordnung gehen und ob die Marken alle ordnungsgemäß geliebt sind.

Flugblatt betr. Schutz der Tier- und Pflanzenwelt. Die Staatliche Stelle für Naturschutzpflege hat ein Flugblatt herausgegeben, in dem an unsere Jugend die Bitte gerichtet wird, bei Ausflügen und Wanderungen mit der Tier- und Pflanzenwelt schonend umzugehen. — Teht, wo der Frühling in die Lande gezogen ist und das Leben in der Natur neu anhebt, sind solche Hinweise nur zu begrüßen. Ein wesentlicher Faktor in dieser Hinsicht ist die „Erziehung zu einer sinnigen Naturbetrachtung.“ Ein Junge, der zu einer solchen Naturauffassung durch erzieherische und unterrichtliche Maßnahmen erzogen ist, wird so leicht kein Tierquäler, Baumverderber oder Vogelnestzerstörer.

Lohnsteuer-Erstattung 1925.

Voraussetzung für die Erstattung ist: a) daß dem Arbeitnehmer Lohnsteuer im Kalenderjahr 1925 einbehalten worden ist, b) daß der steuerfreie Lohnbetrag von 800 M. für 1925 infolge Lohnausfalls durch Arbeitslosigkeit, Krankheit, Streik, Aussperrung, Kurzarbeit oder Saisonarbeit nicht voll gutgebracht worden ist.

Erstattet werden — sofern Lohnsteuererstattung für 1925 nicht erfolgt ist — für jede Woche (6 Arbeitstage) des Verdienstausfalls folgende Pauschbeträge: a) bei ledigen, kinderlos verheirateten oder kinderlos verwitweten Arbeitnehmern 2.— RM., b) bei verheirateten oder verwitweten Arbeitnehmern mit einem oder zwei minderjährigen Kindern 2,50.— RM., c) bei verheirateten oder verwitweten Arbeitnehmern mit mehr als zwei minderjährigen Kindern 3.— RM.

In keinem Falle kann mehr als die einbehaltene Lohnsteuer erstattet werden.

Bei mehrmaligem Verdienstausfall von kürzerer Dauer als eine Woche sind 6 volle Wochentage einer Woche gleich zu achten.

Der Antrag ist spätestens 30. April 1926 bei dem für den zeitigen Lohnsatz des Arbeitnehmers zuständigen Finanzamt einzureichen, kann auch mündlich vorstellig gestellt werden.

Beizulegen oder vorzulegen sind hierbei: a) Steuerkarte 1925, b) Bescheinigung des oder der Arbeitgeber über die für 1925 einbehaltene und an die Finanzkasse abgeführte Lohnsteuer des Antragstellers. Falls Steuermarken geklebt worden sind, ist der Steuermarkenbogen beizulegen oder vorzulegen oder die Quittung des Finanzamtes über die für 1925 bereits abgelieferten Steuermarken c) Nachweis über die Dauer des Verdienstausfalls, und

zwar bei Krankheit durch Bescheinigung der Krankenkasse, bei Arbeitslosigkeit durch Vorlage der Arbeitslosenkontrollkarte, Bescheinigung des Fürsorgeamtes oder des Berufsverbandes oder des Arbeitgebers. Hinsichtlich der Erstattungsanträge wegen besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse bleibt es bei dem bisherigen Verfahren, nur können Erstattungen wegen Nichtberücksichtigung höherer Verdienste oder Sonderleistungen nicht mehr erfolgen. Die bezügliche Erstattungsanträge müssen unter Vorlage der Steuerkarte und des entsprechenden Nachweises rechtzeitig also zu Beginn des Kalenderjahres beim zuständigen Finanzamt gestellt werden.

Ernstes und Heiteres.

Ausgrabung einer alten Stadt in Holland.

Die „Rheinische Zeitung“ berichtet über einen interessanten Vortrag des holländischen Professors Holwerda in Leiden, betreffend die Ausgrabung der im 8. und 9. Jahrhundert zu hoher Blüte gelangten und damals mit Köln und Paris weitestgehenden holländischen Stadt Dorestad. Auf die Reste des Ortes stieß man in der Mitte des vorigen Jahrhunderts, als Arbeiter dort Knochen ausgruben, um diese an die Leinwandfabriken zu verkaufen. Jahrzehnte hindurch hat man dann das dortige Grabfeld aus forensischer Zeit untersucht und vor allem den in der Nähe liegenden Ort Bist-bij-Duurstede hinsichtlich alter Häuserfundamente näher durchforscht. So entdeckte man eine Mauer aus dem Jahre 777, die die Lage der verschollenen Stadt zwischen Rhein und See anzeigt, und stieß schließlich auf dem Grundstück „de Peul“ in dem genannten Ort auf die Fundamente einer großen fränkischen Burg, die man als das alte Zentrum von Dorestad erkannte. Es ergab sich, daß die Stadt bei den großen Überschwemmungen Ende des 9. Jahrhunderts, als der Rhein sein Bett veränderte, geräumt worden sein muß.

Heilung der Paralyse?

Auf dem Kongress der Deutschen Gesellschaft für innere Medizin in Wiesbaden machte der Wiener Psychopath Wagner v. Jaures Mitteilung über seine seit dem Jahre 1887 gemachten Versuche zur Heilung der Paralyse durch Injektion von Erregern hochleberhafter Krankheiten. Nach der Injektion mit dem Malariaerregern erfolgte ein sehr kurzes aber hohes Fieber, das die Spirochäten im Nervensystem löste oder schädigte. So konnte, wie eine längere Erfahrung zeigt, ein großer Prozentsatz der unheilbaren Kranken geheilt, d. h. aber ihr Zustand so gebessert werden.

Altenatsversuch auf die Königin von Rumänien. Vor der Abfahrt des Dampfers in Konstantinopel, mit dem die Königin Maria, Prinzessin Elena und Prinz Nikolaus nach Neapel fahren wollten, wurden in der Nähe des Landungsplatzes unter den Eisenbahnschienen vor Entsetzen des Volkes zwei Ästen mit Dynamit gefunden, die vermutlich dazu bestimmt waren, den Fußweg in die Luft zu sprengen. Angeblich soll man den Rumänen auf der Spur sein.

Drohender Wirtschaftskollaps in Rußland. Im Moskauer Arbeiterklub erklärte der Sowjetführer Bogdanin in einer bedeutsamen Rede, daß Rußland vor dem wirtschaftlichen Kollaps stehe, wenn die bäuerliche Bevölkerung nicht sofort beseitigt eingreife, um die Lage zu retten. Schnelle Hilfe sei erforderlich, da der Zusammenbruch unmittelbar bevorstehe, zumal mit ausländischer Hilfe nichts zu erreichen sei. Der weitere starke Rückgang des Lebensniveaus hat dazu geführt, daß die Sowjetregierung die Moskauer Börse habe schließen lassen. Der Handel mit ausländischen Devisen wurde aber auf den schwarzen Märkten fortgesetzt, wobei der Lebensniveaus mit einem weiteren stark fallenden Kurs gehandelt wurde.

Gerichtliches.

Zwei Töchter. Eine sehr seltsame Affäre beschäftigte das Schöffengericht in Darmstadt. Ein Rechtsanwalt aus Michelstadt klagte sich durch anläßlich der Gemeinderatswahl in Michelstadt verteilte Flugblätter beleidigt und schädlich, weshalb den in Frage kommenden Personen, einem Studenten und einem Arbeiter, seinen Stellvertreter, einen mangelhaften Studenten. In der Verhandlung wurde der Rechtsanwalt zu einem Monat und der Student zu einer Woche Festungshaft verurteilt.

Ein ungetreuer Gerichtsvollzieher. Nach zweitägiger Verhandlung vor dem Großen Schöffengericht wurde der Obergerichtsvollzieher Späthe wegen widerrechtlicher Ausweisung von 60 Paar Schafen, die er aus einer Pfandungsmasse unterschlagen hatte, unter Anrechnung der Unterhaltungskosten mit neun Monaten Gefängnis bestraft. Strafmitbestand wurde die bisherige Unbescholtenheit des Angeklagten in Betracht gezogen. Dagegen betonte der Richter, daß im Interesse des Ansehens der Beamten und der Aufrechterhaltung der Staatsordnung gegen Beamte, die sich derartig vergehen, mit der ganzen Strenge des Gesetzes eingeschritten werden müsse. Eine weitere Anklage gegen Späthe wegen Verschötes gegen die Gebührenordnung wurde vertagt. Da der Verhandlung sind 27 Zeugen geladen.

Zur genauen Beachtung!

Um ein geregeltes Erscheinen unseres Blattes zu ermöglichen, müssen wir als strenge Ordnung alle Manuskripte bis Montag, Mittwochs, spätestens 6 Uhr (spätestens in unserer Hand) ganz wichtige und wenige Ausnahmen: Tageswichtige Bekanntmachungen kleineren Umfangs, können bis Dienstag, Donnerstags, vormittags 9 Uhr entgegengenommen werden. Ordnung nicht einhält, hat es sich selbst zu tun, wenn keine Anzeige, kein Artikel überhaupt nur stark verkürzt Aufnahme finden können.

Sport-Nachrichten.

Fußball im Rheinbezirk.

Der Rheinmeister Fußballsportverein spielte im Blau der Festhalle gegen den Nordmainkreis-Club und gewann nach verheißungsvollem Spiel 4:2 (Halbzeit 1:0). Der Tabellenzweite des Bezirks Rheinbezirk, der Sportverein Mainz 05, gastierte bei der Frankfurter und verlor mit 7:1 überraschend hoch.

Deutschland schlägt Holland im Fußball-Länderspiel.

Bei ca. 60.000 Zuschauern kam der 9. Fußball-Deutschland-Holland im neuerrichteten Rheinstadion zum Austrag. Der deutsche Nationalmannschaft war noch ziemlich horren Kampf einen einseitigen Sieg 1:1 zu erringen.

Rheinbezirk gegen Rheinbezirk.

Im Frankfurter Stadion kam ein Auswahlspiel zwischen dem Rhein- und Rheinbezirk zugunsten des Rheinbezirks zum Austrag, das die Vertreter des Rheinbezirks mit 2:0 (Halbzeit 0:0) für sich entscheiden konnten.

Tabellenstand der A-Klasse Nordrheingau.

Verein	Spieler	gew.	un.	verl.
Aix-la-Chapelle	19	15	2	4
Beitlich	20	12	2	6
Schiffen	19	11	2	6
Gelsenkirchen	20	11	2	7
Kaiserslautern	19	9	5	5
Sp. Bg. Wiesbaden	20	10	2	8
Dortmund	19	9	3	7
Bielefeld	20	8	3	9
Kaiserslautern	19	8	2	9
Hochheim	20	2	4	14
Camberg	19	1	1	17

Ämtliche Bekanntmachungen der Stadt.

Betrifft: Winkerkredit.

Die Kreisparasse in Wiesbaden hat in Aussicht gestellten Kredite aus der Winkerkredit gegen Ausstellung eines Schuldscheines, auf Höhe von 120 RM. auf den Morgen.

Dieser Winkerkredit, welche ihren Anspruch Kredit gemacht haben, werden aufgefordert, spätestens aber innerhalb 3 Tagen im Rathaus Nr. 8 zur unterschriebenen Vollziehung des Kredites zu melden.

Da die Unterschrift zu beglaubigen ist, dem Darlehensnehmer selbst geleistet werden.

Die Schuldscheine erhalten die Kreditnehmer händigt um damit bei der Kreisparasse Empfang zu nehmen.

Hochheim a. M., den 19. April 1926.

Der Bürgermeister.

Wochenplan

des Staatstheaters zu Wiesbaden vom 20. bis 25. April 1926.

	Großes Haus
Mittwoch 21.	Der Wald
Donnerstag 22.	Don Giovanni
Freitag 23.	Udine
Samstag 24.	Don Cesar
Sonntag 25.	Ermen
	Kleines Haus
Mittwoch 21.	Die Durchgängerin
Donnerstag 22.	Der fröhliche Weinberg

Geschäfts-Eröffnung.

Ich mache hiermit die verehrte Einwohnerschaft von Hochheim und Umgebung darauf aufmerksam, daß ich am 13. April ds. Js. ein

Tünchergeschäft

eröffnet habe. Alle Arbeiten werden sachgemäß und preiswert ausgeführt.

Hochachtungsvoll

Wilhelm Zahn

Altenauerstraße 12

Landwirtsch. Bezugs- und Absatzgenossenschaft.

General-Versammlung.

Die Mitglieder der Landwirtschaftlichen Bezugs- und Absatzgenossenschaft werden auf Sonntag den 25. April 1926 Mittags punkt 1 Uhr bei Gastwirt Phil. Schreiber „Zum Tannus“ eingeladen. Es wird gebeten, um pünktliches und zahlreiches Erscheinen.

Tagesordnung:

1. Vorlage Jahresrechnung und Bilanz pro 1925,
2. Genehmigung derselben und Entlassung des Vorstandes,
3. Verwertung des Reingewinnes,
4. Festsetzung der Höhe des passiven Kredites,
5. Wahl eines Aufsichtsrats-Mitgliedes,
6. Bekanntgabe des Revisionsberichts,
7. Vereinsangelegenheiten.

Der Vorstand,

Phil. Schreiber, Johann Hüb. 1.

Jahresrechnung und Bilanz liegen von heute ab bis zur General-Versammlung bei dem Kantanten Phil. Schreiber offen.

Während der Geschäftsman...

arbeiten seine Inserat...

1-50.000 Mark

Beträge beabzichtigt Kapitalträger, Zinseszinsentzins zu 7-10%, zu vergeben. Näheres 11475 T. Al. Haasenstein & Vogler, Frankfurt (M).

Flammur
Kais. Hofmusikant
wagner. Opern-
komponist.
Flammur
die Götter!

Ein geborener

Kinder

und ein fast...
Kühnen zu ver...
Geschäft...

Bohnen
Tomatenpfl...
Stangen u...
waren, emp...
Paul...

Die Befahr...

Eine Erklärung des...
Auf eine Anfrage des...
Unterhans teilte der...
daß 27 verheiratete...
Interessierte und...
gedruckt seien. Nicht...
mengen seien requirit...
nieren und 37 Unterf...
tieren untergebracht...
die Vermehrung der...
eingegangen, al...
gen seien erfolgt hinf...
Kammler. Alle...
men, um solche Ford...
herabzusetzen. Ge...
den, daß das britische...
sprachen solle, als das...
te, ob es nicht möglich...
ppen in diesem belegen...
ihre Unterbringung zu...
einen gerade aus die...
den. Auf die Frage, ob...
über besitz, daß Familien...
um britische Truppen...
stet, er besitze keine be...